

20.01.2011	
Redner:	Uwe Schwarz
Thema:	Gute Pflege für alle - wertvolle Pflege sichern - die Altenpflegeausbildung stärken - Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 16/3222

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir über das Thema Pflege reden - das tun wir hier relativ häufig -, so handelt es sich dabei nach meiner festen Überzeugung um die gegenwärtig sozial- und gesellschaftspolitisch größte Zeitbombe der Gegenwart, die wir in diesem Ausmaß aber überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen.

Wie problematisch die gesamten Rahmenbedingungen in unserer Pflege sind, wird eigentlich nur deutlich, wenn man im eigenen Familien- oder Bekanntenkreis damit konfrontiert wird.

Ich behaupte einmal: Die meisten von uns gehören einer Generation an, die leider die Mängel dieser Pflege, wenn sie einmal selber in diese Situation kommen, sehr deutlich zu spüren bekommen werden.

Wenn ich mir die Rahmenbedingungen ansehe, über die wir hier reden, so ist festzustellen, dass es in Niedersachsen gegenwärtig ungefähr 230 000 Pflegebedürftige gibt. Nach dem Landespflegerahmenplan dieser Landesregierung wird das bis zum Jahr 2020 - das ist nicht mehr lange hin - auf 280 000 Personen ansteigen. Zehn Jahre später reden wir über 350 000 betroffene Personen. Hinzu kommt der riesige problembehaftete Bereich der stark zunehmenden Demenzerkrankungen. Zurzeit gibt es ungefähr 1 Million Betroffene in Deutschland, pro Jahr kommen 200 000 Betroffene hinzu.

Insofern war ich sehr erfreut, als am 8. Dezember - also in der Weihnachtszeit; das ist bekanntlich die Zeit der Besinnung und bei manchen Menschen auch die Zeit der Erleuchtung, der Bundesgesundheitsminister festgestellt hat: In der Pflege seien erstens eine bessere Ausbildung, zweitens bessere Arbeitsbedingungen, drittens höhere Löhne nötig, und viertens gebe es dort einen Fachkräftemangel. Hört, hört! Das sind alles Feststellungen von Herrn Rösler, die er zu Zeiten, als er noch hier gesessen hat, alle in Abrede stellte.

(Johanne Modder [SPD]: Die er gar nicht wissen wollte! - Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Genau!)

Bisher hatte er immer seine Hand dagegen erhoben, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Man höre und staune: Als Therapie wird vorgeschlagen, die Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege zusammenzulegen und eine Ausbildungsumlage in der Altenpflege bundeseinheitlich zu organisieren

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Ach! - Johanne Modder [SPD]: Ach! Herr Rösler fordert so etwas?)

sowie Zuwanderungsregelungen zu lockern. Falls das nicht nur die Erleuchtung in der Weihnachtszeit war, sondern die Erkenntnis noch anhält, kann ich nur sagen: Dann einmal los, meine Damen und Herren. Es wird höchste Zeit in dieser Frage.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir stellen genau das Gegenteil fest. Wir stellen eine Flucht aus Tarifverträgen fest, wir stellen fest, dass es ein Wettbewerbsnachteil ist, tarifgerecht zu bezahlen, dass es ein Wettbewerbsnachteil ist, Leute auszubilden, dass wir zwischenzeitlich in Niedersachsen, die wir seit vielen Jahren Schlusslicht in der Finanzierung der Altenpflege sind, im vergangenen Jahr die 16. Insolvenz in der Altenpflege innerhalb eines Jahres zu verzeichnen hatten.

(Patrick-Marc Humke [LINKE]: Schlimm!)

Da kann ich nur sagen: Es wird in der Tat höchste Zeit, endlich dafür zu sorgen, dass diesem ausgesprochen schwierigen Beruf auch von den politischen Mehrheiten die Wertschätzung entgegengebracht wird, die er dringend nötig hat.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es muss ja einen Grund haben, dass Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg seit fünf Jahren die Umlagefinanzierung wieder eingeführt haben. Insbesondere das baden-württembergische Gesetz empfehle ich einmal nachzulesen. Fest steht jedenfalls eines: In der gesamten Pflegebranche und im politischen Umfeld gibt es kein Erkenntnisdefizit, aber es gibt ein dramatisches Handlungsdefizit. Dies ist eine der wenigen Positionen, bei denen diese Landesregierung - leider - einmal an der ersten Stelle war. Da wäre es besser gewesen, Sie wären ganz hinten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN und Zustimmung von Patrick-Marc Humke [LINKE])

Nach allen wissenschaftlichen Aussagen gibt es momentan 30 000 Kräfte in der Pflege zu wenig. Das wird sich in den nächsten neun Jahren auf weit mehr als 200 000 erhöhen. Das DIW sagt: Im Jahr 2020 werden uns 230 000 Vollzeitpflegekräfte fehlen. Wir haben es mit einem Sozialministerium zu tun, das seit Jahren akzeptiert, dass wir in Niedersachsen Pflegesatzverhandlungen 17 % unter dem Bundesschnitt tolerieren. Verflucht! Sie haben die Rechts- und Fachaufsicht. Beanstanden Sie doch solche völlig undurchsichtigen Pflegesätze endlich einmal!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, in Niedersachsen besteht die Situation, dass im Durchschnitt monatlich 160 Euro Schulgeld bezahlt werden. Wie soll ich eigentlich jungen Menschen, die nicht das Glück haben, in einer BBS zu sein, sondern in einer ebenfalls hoch qualifizierten privaten Altenpflegeschule sind, klarmachen, dass sie für ihre Ausbildung auch noch 160 Euro im Monat mitbringen müssen? Das ist doch hoch kontraproduktiv. Das treibt die jungen Leute heraus, aber nicht hinein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN und Zustimmung von Patrick-Marc Humke [LINKE])

Deshalb plädieren wir für die Schulgeldfreiheit. Sie ist übrigens überhaupt nicht so teuer. Wenn Sie das über drei Jahre rechnen, bedeutet das für das Land Niedersachsen 6 Millionen Euro. Das ist genau der Betrag, den Sie gerade bei der Kurzzeitpflege gekürzt haben.

Lassen Sie mich einmal etwas zur Kurzzeitpflege sagen. Frau Ministerin, ich bin eigentlich davon überzeugt, dass Sie mit einer sehr sozialen Grundüberzeugung an viele Themen herangehen.

(Johanne Modder [SPD]: Vielleicht hört die Ministerin einmal zu!)

Deshalb wäre es mir ganz lieb, wenn Sie beim Thema Kurzzeitpflege aufhörten, immer nur das zu erzählen, was die Fachabteilung aufschreibt. Sie sollten sich einmal ein Bild davon machen, was eigentlich in der Kurzzeitpflege in Niedersachsen los ist.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Glauben Sie, das wissen wir nicht?)

- Sie mit Sicherheit nicht.

Es gibt zwei unterschiedliche Möglichkeiten. Die eine ist: Da kommt jemand aus dem Akutkrankenhaus, weil er austerapiert ist, weil man ihm sagt: Jetzt gehen Sie in eine Pflege. - Dann wird es mit Kurzzeitpflege probiert, und während des Kurzzeitpflegeaufenthalts stellt sich heraus, dass es eine Überführung in Dauerpflege geben wird. Zu diesem Tatbestand sagt Ihr Ministerium: Das ist eine missbräuchliche Anwendung der Kurzzeitpflege. - Nein, das ist falsch. Das ist im Ansatz der Pflegeversicherung so gewollt gewesen und ist auch zusätzlich gefördert worden.

Der andere Bereich der Kurzzeitpflege betrifft Menschen, die zu Hause gepflegt werden, bis die Angehörigen an den Rand der Erschöpfung oder darüber hinaus kommen, bis diese dringend einmal rausmüssen, um sich selber zu erholen. Dafür ist eine Unterbringung in einer Kurzzeitpflegeeinrichtung nötig, die bis zu vier Wochen dauern kann. Auch zu diesem Bereich sagt Ihr Ministerium: Die gesamte Kurzzeitpflege in Niedersachsen wird zu über einem Drittel fremdbelegt, und weil das so ist, kürzen wir in der gesamten Kurzzeitpflege den Investitionskostenzuschuss. - Ich bezweifle, dass die Kurzzeitpflege zu einem Drittel fremdbelegt ist. Aber wenn es so ist, warum bestrafen Sie dann an dieser Stelle alle Einrichtungen, alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen?

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Heinz Rolfes [CDU]:
Zwei Drittel!)

Ich will Ihnen einmal sagen, was das bedeutet. Das wissen auch Sie. Wir haben in Niedersachsen 300 Betten in 22 solitären Einrichtungen der Kurzzeitpflege.

(Zuruf von der CDU: 23!)

- Ja, 23. In Wirklichkeit sind es nur fünf, weil die anderen an Krankenhäuser angebunden sind. Wir haben ganze fünf solitäre Einrichtungen, und zwar nur in Ballungsgebieten, weil solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtungen in ländlichen Bereichen betriebswirtschaftlich überhaupt nicht geführt werden können. Weil das so ist, hat es das Instrument der eingestreuten Kurzzeitpflege gegeben, das ganz viele dringend brauchen, und zwar die, die Pflegeplätze suchen, und die, die Pflegeplätze vorhalten. Jetzt kommen Sie als Landesregierung und sagen: Denen nehme ich den Investitionskostenzuschuss weg.

Sie haben auf eine Anfrage meiner Kollegin Frau Geuter beziffert, was das bedeutet. Das bedeutet nämlich, dass die zu Pflegenden oder Pflegebedürftigen bei vier Wochen Unterbringung im Jahr einen um 448 Euro höheren Eigenanteil zu tragen haben. Was heißt das unterm Strich? - Ich nenne zunächst nur die Zahlen für die Pflegestufe I: In der Pflegestufe I betragen die Kosten für die Pflegebedürftigkeit im Durchschnitt 2 300 Euro. Die Kurzzeitpflege zahlt 1 510 Euro. Für die Angehörigen bleiben bei vier Wochen in der Pflegestufe I 790 Euro übrig, die sie selber finanzieren müssen. Jetzt setzen Sie noch einmal 448 Euro drauf. Betroffene in der Pflegestufe I müssen in der Kurzzeitpflege in Niedersachsen zukünftig 1 238 Euro selber aufbringen. In der Pflegestufe II sind es über 1 600 Euro, in der Pflegestufe III knapp 2 200 Euro. Das können diese Menschen nicht. Das können sie nicht bezahlen. Das bedeutet, dass diese Entscheidung auf dem Rücken der Pflegebedürftigen und der zu Pflegenden getroffen wurde, vor allem derjenigen im ländlichen Bereich.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Frau Özkan, Sie geben über 100 Millionen Euro im Jahr für die stationäre Pflege an die Sozialhilfeträger. Dabei ist diese Kürzung um 6 Millionen Euro nicht sachlich begründet. Sie ist aus rein fiskalischen Gründen auf den Weg gebracht worden. Ich halte sie für unverantwortlich. Ich halte sie für unanständig und für in hohem Maße unchristlich. Machen Sie das bitte im Interesse der Betroffenen so schnell wie möglich rückgängig! Das ist für die Fläche eine Katastrophe. Jeder von Ihnen, der in die Häuser geht, hört genau das, was ich Ihnen gerade gesagt habe, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Kurzintervention auf die Rede der Abgeordneten Mundlos (CDU)

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Mundlos, es geht nicht darum, dass hier irgendjemand die Pflege schlechtredet. Dort wird eine Klasse Arbeit gemacht. Aber die Pflegesituation schönzureden, so wie Sie es getan haben, ist auch

neben der Spur.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es sind doch nicht unsere Zahlen. Es sind der Pflegealarm der Caritas, der Hilfeschrei der Arbeiterwohlfahrt, der Aufschrei der Diakonie. Alle weisen darauf hin: Sie bekommen keine Fachkräfte mehr. Alle weisen darauf hin, dass bei ihnen Einrichtungen in die Insolvenz gegangen sind. Ich habe auf die Zahl hingewiesen. Alle Träger sagen: Reden Sie doch nicht über drohenden Pflegenotstand, wir sind mittendrin, uns fehlen 30 000 Leute! - Das können Sie doch nicht ignorieren! Das ist Fakt in der Szene! Das müssen wir zu korrigieren versuchen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Kreszentia Flauger [LINKE]: Die können das! Im Ignorieren sind die gut!)

Ich will hier gar nicht darauf eingehen, welche Streichungen diese Regierung in den letzten Jahren vorgenommen hat. Sie haben es seit 2007 noch nicht einmal geschafft, die Zuständigkeit für das Heimgesetz in einen Gesetzestext zu fassen.

Sie haben den Beschluss des Landtags angesprochen. Dazu muss ich sagen: Die eigenen Regierungsfractionen bringen im Juni 2009 einen Entschließungsantrag ein. Ihr eigener Antrag, der Dringlichkeit hat, bleibt aber erst einmal ein Dreivierteljahr liegen. Am 18. Februar 2010 wird er dann endlich beschlossen. In diesem Beschluss fordern wir die Landesregierung einstimmig auf, am 1. November 2010 einen detaillierten Bericht über die Zukunft der Pflegeausbildung und über die Zusammenlegung der Kranken- und Altenpflege vorzulegen.

Noch nicht einmal der Beschluss der eigenen Koalitionsfractionen wird von dieser Landesregierung umgesetzt! Das ist doch ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Kurzintervention auf die Rede des Abgeordneten Riese (FDP)

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nun ist hier schon zum zweiten Mal die Legende mit der Altenpflegeumlage auf den Tisch gekommen. Ich möchte deutlich sagen: Diese Umlage ist damals von der SPD-Landesregierung und dem Parlament eingeführt worden. Sie ist nicht abgeschafft, sondern ausgesetzt worden, um die höchstrichterlichen Entscheidungen abzuwarten. Die höchstrichterlichen Entscheidungen haben die Gesetzmäßigkeit dieser Umlage bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, sie ist danach - Herr Riese, das haben Sie selbst gerade dargestellt - als eine Finanzierungsmöglichkeit im Bundesgesetz implementiert worden. Nach dem Bundesgesetz gibt es zwei Finanzierungsmöglichkeiten für die Ausbildung: entweder über die Pflegesätze oder über eine Umlage, und zwar dann, wie Sie korrekt gesagt haben, wenn ein Pflegenotstand droht. Man kann sich ja mit der

Opposition und der Regierung streiten; damit habe ich überhaupt kein Problem. Aber wenn Ihnen alle Fachleute sagen, ein Pflegenotstand sei schon eingetreten, dann ist die Rechtsgrundlage für die Umsetzung der Altenpflegeumlage in Niedersachsen gegeben. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie nicht mit Rheinland-Pfalz nerven. Dort sind Sie nicht an der Regierung. Aber es wäre besser, wir hätten überall solche Landesregierungen. Lesen Sie einmal den Gesetzestext von Baden-Württemberg! Er ist glasklar. Genau daran können Sie sich orientieren.

(Glocke des Präsidenten)